



**Geschäftsführung  
Gesundheitsausschuss**

Frau Fuchsberger-Meyer

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.fuchsberger-meyer@stadt-koeln.de

Datum: 06.01.2010

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 10.12.2009, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal ( Raum-Nr. B 120)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Michael Paetzold SPD

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Katrin Barion	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Bettina Houben	FDP

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Jana Schiele	Pro Köln
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Sabine Stiller	auf Vorschlag der CDU	
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU	ab 17.35 Uhr
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen	Entschuldigt
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP	

**Presse**

**Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014. Besonders begrüßt er die neue Amtsleiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Anne Bunte, die am 01.12.2009 ihren Dienst aufgenommen hat.

Herr Paetzold fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände zu der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung gäbe.

RM Frau Gärtner bemängelt, dass sie nicht als Mitglied dieses Ausschusses geführt wurde und somit auch bis Dienstag keine Sitzungsunterlagen erhalten habe. Sie sei davon ausgegangen, dass die Sitzung vielleicht nicht stattfinden würde. Zwischenzeitlich habe sie die notwendigen Materialien erhalten. Frau Gärtner verzichtet darauf festzustellen, dass nicht ordnungsgemäß eingeladen wurde, insbesondere da von der Feuerwehr eine Reihe von wichtigen Vorlagen auf der Tagesordnung stehe. Sie hoffe, dass die Verwaltung zukünftig die Sitzungsunterlagen so rechtzeitig übersendet, dass die Arbeitskreise sich besser auf die Sitzungen vorbereiten können.

Frau Beigeordnete Bredehorst erläutert, generell zu den Mitteilungen sei zu sagen, dass diese fortlaufend produziert werden. Für sie stelle sich die Frage, solle sie die Mitteilungen zurückhalten, weil sie nicht mehr rechtzeitig sind oder sie vorlegen, damit der Informationsfluss gewährleistet sei. Die Ausschussmitglieder haben in der nächsten Sitzung jederzeit Gelegenheit, auf die Ausführungen der Verwaltung einzugehen.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den Ergänzungen einstimmig einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

B. Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertreterinnen  
4790/2009

C. Aufzeichnung der Verhandlungen des Gesundheitsausschusses auf Tonband  
5036/2009

D. Vorstellung der neuen Amtsleiterin des Gesundheitsamtes - Frau Dr. Anne Bunte

E. Darstellung der Strukturen und Aufgaben des Gesundheitsamtes

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

## **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Medizinische Grundversorgung durch niedergelassene Ärzte und mögliche Alternativen  
AN/1840/2009

3.1.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Medizinischen Grundversorgung durch niedergelassene Ärzte und mögliche Alternativen  
5071/2009

3.2 Standardisierung und Vernetzung im Bereich sicherheitsrelevanter Informationstechnik  
AN/1743/2009

3.2.1 Anfrage der FDP vom 25.11.2009, gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates  
AN/1743/2009  
5089/2009

## **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

## **5 Beschlussvorlagen**

5.1 Einführung des bundesweiten Digitalfunk bei der Berufsfeuerwehr Köln  
2969/2009

5.2 Beschaffung von Arbeitssicherheitsschuhen für die Mitarbeiter der Feuerwehr Köln  
4647/2009

5.3 Beschaffung von Feuerwehr-Schlupfstiefeln für die Mitarbeiter der Feuerwehr Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag  
4695/2009

5.4 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes ab dem 01.01.2010  
3927/2009

- 5.5 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"
1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen
  2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche  
3035/2009
- 5.6 Wartung, Reparatur und TÜV-Abnahme von 1.700 Atemluftflaschen bei der Berufsfeuerwehr Köln  
4448/2009
- 5.7 Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes
- a) Verlängerung der Einbindung der Hilfsorganisationen in den bodengebundenen Rettungsdienst ab dem 01.01.2010 bis zum 31.03.2010
  - b) Verstärkung des Rettungsdienstes ab dem 01.04.2010  
4625/2009
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Bericht zur Suchtprävention in Köln sowie zu suchtrelevanten niederschweligen Angeboten für Jugendliche  
4967/2009
- 6.2 Bevölkerungsinformation bei Großschadensereignissen  
4972/2009
- 6.3 Aktueller mündlicher Bericht zur Influenza H1N1 (Schweinegrippe) von Herrn Dr. Schoenemann
- 6.4 Preisverleihung im Rahmen des Schweizerisch-Österreichisch-Deutschen AIDS-Kongresses  
4987/2009
- 6.5 Neuer Beratungsbus für die B.O.J.E. - eine Einrichtung für Jugendliche und junge Erwachsene am Bahnhof  
5040/2009
- 6.6 Zwischenbilanz der Arbeit der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes  
4940/2009
- 6.7 Per- und Polyfluorierte Chemikalien (PFC) im Kölner Trink- und Grundwasser  
5085/2009
- 6.8 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung"  
5015/2009

- 6.9 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II  
5107/2009
  - 6.10 Ergebnisse der 19. Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln  
5046/2009
  - 6.11 Gesundheitsregion KölnBonn / HealthRegion CologneBonn e.V.  
Publikationen zur MEDICA 2009  
4931/2009
- 7 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)**

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold verpflichtet Frau Katrin Barion und Frau Bettina Houben zu sachkundigen Bürgerinnen. Danach verpflichtet er Herrn Robert Gaida zum sachkundigen Einwohner sowie Frau Uschi Röhrig, Frau Jana Schiele und Frau Sabine Stiller zu sachkundigen Einwohnerinnen.

Nach dem Eintreffen von Herrn Dr. Jürgen Zastrow verpflichtet der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold ihn zum sachkundigen Einwohner.

Er weist außerdem darauf hin, dass die Personalbögen aus der Informationsmappe ausgefüllt und unterschrieben an das Büro des Oberbürgermeisters zurückgesandt werden müssen.

### **B. Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertreterinnen 4790/2009**

#### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss bestellt für seine Wahlzeit 2009 bis 2014 Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer zur Schriftführerin und Frau Birgit Gunia-Hennecken und Frau Erika Meißner zu ihren Stellvertreterinnen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen.

### **C. Aufzeichnung der Verhandlungen des Gesundheitsausschusses auf Tonband 5036/2009**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bringt die ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, die Verhandlungen der Sitzungen auf Tonband aufzunehmen. Die Tonbandaufzeichnungen werden nach drei Monaten gelöscht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen.

### **D. Vorstellung der neuen Amtsleiterin des Gesundheitsamtes - Frau Dr. Anne Bunte**

Frau Dr. Bunte gibt den Ausschussmitgliedern einen Überblick über ihren bisherigen beruflichen Werdegang.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich im Namen des Gesundheitsausschusses für die Ausführungen und wünscht alles Gute für die Aufnahme der Dienstgeschäfte.

### **E. Darstellung der Strukturen und Aufgaben des Gesundheitsamtes**

Frau Dr. Bunte stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Strukturen und Aufgaben des Gesundheitsamtes vor.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold bedankt sich für die interessanten Ausführungen und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift beizufügen (Anlage 1).

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

Keine

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **3.1 Medizinische Grundversorgung durch niedergelassene Ärzte und mögliche Alternativen AN/1840/2009**

##### **3.1.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Medizinischen Grundversorgung durch niedergelassene Ärzte und mögliche Alternativen 5071/2009**

SE Frau Röhrig bemerkt, dass die Ausführungen der Verwaltung zu 1. keine Antwort auf die gestellte Frage sei. Die Fraktion hat nach der kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Chorweiler und nicht im Stadtbezirk Chorweiler gefragt.

Aufgrund der derzeitigen Situation habe ihre Fraktion überlegt, ob das Kinderkrankenhaus Amsterdamer Straße für eine ambulante Versorgung mit herangezogen werden kann. Mit der Kassenärztlichen Vereinigung müsste geklärt werden, ob eine derartige Regelung machbar wäre, um somit die kinderärztliche Versorgung in diesem Bereich zu gewährleisten.

Zu den vakanten Stellen im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst möchte sie wissen, wie man diese Stellen in naher Zukunft besetzen will. Trifft es evtl. auch zu, dass in diesem Bereich eine hohe Fluktuation war?

Frau Beigeordnete Bredehorst erläutert, zur Situation in Chorweiler habe vor kurzem eine von der Bezirksbürgermeisterin einberufene Versammlung der dortigen Notfallambulanz stattgefunden, bei der auch die Kassenärztliche Vereinigung, die Ärztekammer, die Mitglieder der Bezirksvertretung und sie dabei waren. Bei der Kassenärztlichen Vereinigung gäbe es Überlegungen, evtl. die Bezirke zu verkleinern. Durch die aktuelle große Gebietsbetrachtung sei die ärztliche Versorgung, so auch die mit Kinderärzten, im gesamten Bezirk gewährleistet. Es ging auch darum, ob die Notfall-

ambulanz, die von mehreren Ärzten bedient wird, sich halten kann. Aber auch dies scheine erst mal gewährleistet. Die einzige Möglichkeit der Gesundheitsverwaltung mitzuwirken, sei im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz. Dort könne man mit den Partnern über die gesundheitliche Versorgungssituation sprechen. In der letzten Sitzung der Gesundheitskonferenz wurde verabredet, im nächsten Jahr eine Sondersitzung zum Thema „Gesundheitliche Versorgung in Köln“ durchzuführen. Dabei wird auch die kinderärztliche Versorgung in einigen Stadtteilen, so auch in Chorweiler, Bestandteil der Diskussion sein.

Die Verwaltung wird zeitnah aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz berichten.

Zum Thema Stellenbesetzung im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes merkt Frau Bredehorst an, diese habe nichts mit der kinderärztlichen Versorgung in Köln zu tun. Das Gesundheitsamt versucht, die Kinder in die gesundheitliche Versorgung hineinzubringen. Das Problem sei ein Fachkräftemangel und der für diesen Bereich ungünstige Tarifvertrag. Die Stadt sei bemüht, diesen Umstand durch Ausnahmeregelungen aufzufangen. Mittels Anzeigenschaltungen macht die Verwaltung immer wieder auf die vakanten Stellen aufmerksam. Die Fluktuation in diesem Bereich sei nicht besonders hoch.

RM Frau Gärtner weist mit Befremden darauf hin, dass die CDU-Anfrage „Fachärztliche Versorgung im Stadtgebiet“ aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün am 27.08.2009 bis heute noch nicht beantwortet wurde, aber die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE., die jüngeren Datums ist, zur heutigen Sitzung vorläge.

Frau Beigeordnete Bredehorst bedauert diese Tatsache sehr, führt es unter anderem auf die angespannte Situation im Gesundheitsamt im Zusammenhang mit der Pandemie Influenza A H1N1 zurück. Sie bittet um Entschuldigung und sagt die Beantwortung in der Januarsitzung zu.

### **3.2 Standardisierung und Vernetzung im Bereich sicherheitsrelevanter Informationstechnik AN/1743/2009**

Herr Stadtdirektor Kahlen bedauert, dass den Ausschussmitgliedern die am 03.12.2009 schlussgezeichnete Stellungnahme zur FDP-Anfrage nicht vorliegt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung, die Mitteilung nachzuliefern.

#### Anmerkung der Schriftführerin:

*Die Stellungnahme der Verwaltung war irrtümlich für die Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vorgesehen, weil die Anfrage zunächst auch für diesen Ausschuss gedacht war. Damit eine zeitnahe Beantwortung den Ausschussmitgliedern vorliegt, wird die Stellungnahme der Verwaltung der Niederschrift beigelegt (Anlage 2).*

#### **3.2.1 Anfrage der FDP vom 25.11.2009, gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates AN/1743/2009 5089/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.



#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

#### **5 Beschlussvorlagen**

##### **5.1 Einführung des bundesweiten Digitalfunk bei der Berufsfeuerwehr Köln 2969/2009**

###### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt den Aufbau des bundesweiten Digitalfunk bei der Berufsfeuerwehr Köln gemäß der Vorgaben von Bund und Ländern mit Gesamtkosten in Höhe von 1.600.000,- €
2. Der Rat beschließt die Freigabe der für den Beginn der Maßnahme erforderlichen Kassenmittel in Höhe von 20.000,- € zur Erstbeschaffung von BOS Digitalfunkgeräten im Teilfinanzplan 0208 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst-, Teilplanzeile 9 - Haushaltsjahr 2009.

###### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

##### **5.2 Beschaffung von Arbeitssicherheitsschuhen für die Mitarbeiter der Feuerwehr Köln 4647/2009**

RM Frau Schmerbach bemerkt im Hinblick auf den vorgesehenen 4-Jahres-Liefervertrag, dass es häufig besser wäre, nicht an Rahmenverträge gebunden zu sein. Oftmals sind aufgrund bestehender Konkurrenzsituationen Rabatte bei den Firmen aushandelbar. Vielleicht könnte die Verwaltung im Rahmen der Vergaben Alternativen überlegen, wie diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden könnten.

Herr Rosenberger zeigt auf, in der Vergangenheit hat die Verwaltung Lieferverträge ausgeschrieben, die auch über einen längeren Zeitraum gingen. Das Problem dabei war, dass die Mengen sehr starr waren, was keine Flexibilität zuließ. In Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt wurde auf Rahmenverträge umgestellt. Es wird eine Zielmenge angegeben, aber letztendlich ist man im Abruf flexibel und kann auf steigende oder sinkende Mengen reagieren. Aufgrund der bisherigen Erfahrung hat die Verwaltung nicht erkennen können, dass es günstiger ist kurz laufende Verträge abzuschließen. Der personelle Aufwand bei dem Vergabeverfahren ist deutlich höher, wenn jedes Jahr neu ausgeschrieben wird. Das muss bei der Wirtschaftlichkeit des Verfahrens mit berücksichtigt werden

###### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit für die Beschaffung von Arbeitssicherheitsschuhen für die Mitarbeiter der Feuerwehr Köln im Rahmen eines 4 Jahres-Liefervertrages an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu tref-

fen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Beschaffung von Feuerwehr-Schlupfstiefeln für die Mitarbeiter der Feuerwehr Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag  
4695/2009**

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit für die Beschaffung von Feuerwehr-Schlupfstiefeln für die Mitarbeiter der Feuerwehr Köln im Rahmen eines 4 Jahres-Liefervertrages an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes ab dem 01.01.2010  
3927/2009**

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold gibt nachrichtlich bekannt, dass der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergaben/Internationales in seiner Sitzung am 07.12.2009 vorbehaltlich der Zustimmung des Gesundheitsausschusses zugestimmt habe.

Er bringt die Alternative 1 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur Vermeidung weiterer jährlicher Ratsbeschlüsse, die DTA für die Dauer der Refinanzierung durch kommunalisierte Landesmittel fortzuführen.

Dabei muss die Förderung zumindest 86.900 EURO betragen. Eventuelle Gesamtkostensteigerungen führen zu einem höheren städtischen Anteil bis max. 13.100 EURO. Die derzeit bis zum 31.12.2009 befristeten Planstellen werden für die Dauer der Refinanzierung durch kommunalisierte Landesmittel befristet verlängert.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.5 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"**  
**1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe)**

**mitzuführen und zu  
verkaufen**

**2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche  
3035/2009**

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold teilt nachrichtlich mit, dass der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales in seiner Sitzung am 07.12.2009 dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen stellt zunächst die neuen „Kölschgläser“ aus Hartplastik vor. Die Trinkgefäße hielten mehreren Belastungs- und Feuerproben stand. Die Verwaltung würde es begrüßen, wenn die Ausschussmitglieder Werbebotschafter für das Motto „Mehr Spaß ohne Glas“ werden.

Der Auslöser dieser Vorlage ist aus dem letzten Straßenkarneval hinreichend bekannt. Die Verwaltung hat aufgrund dieser Erfahrungen zusammen mit dem Festkomitee, der Polizei, der Feuerwehr sowie den Rettungsdiensten im Interesse der Betroffenen das vorliegende Konzept entwickelt. Sollte die Beschlussvorlage zu einem einstimmigen Ratsbeschluss führen, mache dies deutlich, dass der Rat ein hohes Interesse daran hat, das die überwiegende Zahl der Menschen weiterhin in Köln auslassen feiern kann.

SB Frau Barion fragt nach, wie die widerstandsfähigen „Gläser“ unter die Bevölkerung gebracht werden.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, die Verwaltung versuche die „Gläser“ im Rahmen der Öffentlichkeitskampagne neben den schon bekannten Plastikbechern bekannt zu machen, damit sich die Betroffenen inkl. Zulieferer, Einzelhandel und Gastronomie frühzeitig umstellen können. In einem Restaurant am Stadtwald werden diese 0,3 l Behältnisse bereits verwendet und voll akzeptiert. Das Kölsch muss ein wenig kälter serviert werden, da das Hartplastik die Kühle nicht so gut halte.

SE Frau Röhrig möchte wissen, ob die Verwaltung bereits mit Brauereien Kontakt aufgenommen hätten, damit zukünftig auch in Plastikflaschen abgefüllt wird.

Herr Stadtdirektor Kahlen führt aus, dass dies bereits mit den Brauern besprochen wurde. Die Kölsch-Brauereien werden aus Kostengründen jedoch keine Umstellung von Glas auf Plastik vornehmen. Andere Biersorten in PET-Flaschen gibt es zu günstigen Preisen bereits bei Lebensmitteldiscountern. Da die Kölsch-Brauereien bei Glasflaschen bleiben, hat die Verwaltung sich für ein anderes System ausgesprochen. Bisher gibt es drei Sorten Kölsch in Dosen. Die restlichen Kölscharten werden weiterhin in Glasflaschen verkauft. Es soll mit den Kioskbetreibern in den drei besonders verdichteten Gebieten gesprochen werden. Sie können dann auf Antrag das Kölsch z. B. aus Flaschen oder Bierfässern in Plastikbecher bzw. Hartplastikgläser umfüllen. Diese Ausschankmöglichkeit bezieht sich ausschließlich auf Alkohol bis 15%. Eine solche Ausschanklaubnis verpflichtet diese Kioskbetreiber, sich an einem Entsorgungskonzept (Toilettenkonzept) zu beteiligen.

SE Dr. Zastrow bedankt sich bei der Verwaltung für das vorgelegte Konzept. Er frage sich, ob die Wirte von dem Vorhaben begeistert seien, da ja mehr Kosten auf sie zu kämen.

Herr Stadtdirektor Kahlen glaubt, dass die Wirte das geringste Problem mit der Umsetzung haben. Die Kneipen sind in diesen Quartieren eh gut besucht. Ein Glas kostet im Hunderter-Sortiment ca. 50 Cent. Bei einer größeren Stückzahl wird sich der Preis sicherlich noch verringern. Bei Getränkefirmen wird die Stadt noch vorsprechen mit der Bitte, auch diese „Gläser“ ins Sortiment aufzunehmen. Die Wirte haben keine Beeinträchtigungen, da das Hauptgeschäft in den Kneipen stattfindet. Werden jedoch draußen Getränke ausgeschenkt, muss dies in Kunststoffbehältnissen erfolgen. Hierzu würden sich u.a. die Hartplastikgläser anbieten.

RM Herr Dr. Strahl möchte wissen, ob man auf den Preis der Hartplastikbecher direkt eine Art Entsorgungsobolus aufschlagen könnte.

Herr Stadtdirektor Kahlen verweist auf den vergeblichen Versuch, Kaugummihersteller zu einem solchen Verursacherobolus zu gewinnen. Dies ist nicht möglich, weil die entsprechenden Verursachungsketten nicht zum Hersteller führen.

### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stimmt dem von Stadt, Polizei und Festkomitee des Kölner Karnevals von 1823 e.V. gemeinsam entwickelten Konzept

#### **Konzept „Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas“**

- 1. Befristetes Verbot Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen**
- 2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche**

zu.

2. Der Rat beschließt ab 2010 von Weiberfastnacht bis Aschermittwoch sowie für den 11.11. die unter III. beschriebenen Maßnahmen. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des Konzeptes, eine entsprechende Allgemeinverfügung mit räumlichen und zeitlichen Vorgaben zu erlassen.
3. Die Verwaltung wird den Ausschüssen „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales“, „Gesundheit“, „Jugendhilfe“ sowie der Bezirksvertretung Innenstadt jeweils einen kurzen Erfahrungsbericht über den Zeitraum von Weiberfastnacht bis Karnevalsdienstag sowie dem 11.11.2010 vorlegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **5.6      Wartung, Reparatur und TÜV-Abnahme von 1.700 Atemluftflaschen bei der Berufsfeuerwehr Köln 4448/2009**

#### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit für die Wartung, Reparatur und TÜV-Abnahme von 1.700 Atemschutzflaschen bei der Berufsfeuerwehr Köln an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.7 Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes**  
**a) Verlängerung der Einbindung der Hilfsorganisationen in den bodengebundenen Rettungsdienst ab dem 01.01.2010 bis zum 31.03.2010**  
**b) Verstärkung des Rettungsdienstes ab dem 01.04.2010**  
**4625/2009**

RM Frau Gärtner bittet, diese Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben, da die CDU-Fraktion aufgrund der vorgegebenen Fristen eine Vertagung nicht für sinnvoll erachtet. Die Angelegenheit sei zu komplex, um in der Kürze zu entscheiden, da die Vorlage erst gestern Abend bzw. heute den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, die Ausschreibung sei unter anderem aufgehoben worden, weil die Verwaltung sich nicht auf eine Absenkung der Qualitätskriterien einlassen wolle. Er bietet an, bei Interesse in den Arbeitskreisen für Verständnisfragen zur Verfügung zu stehen. Entsprechende Terminabsprachen sollten mit Herrn Rosenberger bzw. mit dem Dezernatssekretariat getroffen werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold bringt den Antrag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben, zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss schiebt die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6 Mitteilungen**

**6.1 Bericht zur Suchtprävention in Köln sowie zu suchtrelevanten niederschweligen Angeboten für Jugendliche**  
**4967/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.2 Bevölkerungsinformation bei Großschadensereignissen**  
**4972/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **6.3 Aktueller mündlicher Bericht zur Influenza H1N1 (Schweinegrippe) von Herrn Dr. Schoenemann**

Um tagesaktuell zu sein erläutert Herr Dr. Schoenemann den gegenwärtigen Sachstand.

In Köln hat das Gesundheitsamt bisher 3.883 Infektionsfälle erfasst. Das heißt, dass 3.883 gesetzlich vorgeschriebene Meldungen über einen positiven Untersuchungsbefund eingegangen sind. Die Verläufe der Erkrankungen waren überwiegend mild. Allerdings gab es in Köln einen Todesfall. Eine 24 jährige Frau, die Diabetikerin war, wurde richtig mit dem Arzneimittel Tamiflu behandelt und schnell beschwerdefrei. Sie ist dann ganz plötzlich an einem akuten Herzversagen verstorben. Für eine Influenza kein untypischer Verlauf.

In Deutschland gibt es bisher 94 bekannte Todesfälle und 190.000 Erkrankungsfälle. Die Zahl der Erkrankungsfälle wird von den einzelnen Ländern nicht mehr aufgeführt.

Weltweit sind zurzeit 10.400 Todesfälle zu verzeichnen. Das entspricht einer Influenza mittelschweren Ausmaßes in Deutschland. Insgesamt ist diese Influenza bisher mild verlaufen. Der erste Fall war in Köln Ende Mai 2009 aufgetreten. Alle Personen, bis auf den einen Todesfall, sind wieder gesund. Zurzeit gebe es noch 8 Personen mit der Diagnose (kann auch eine Nebendiagnose sein) Influenza, die sich im Krankenhaus befinden.

Im Sommer gab es die von Schulen selbst vorgenommen Klassen- und Schulschließungen sowie Gruppenschließungen in Kindergärten. Nach den Sommerferien hatte das Gesundheitsministerium die Devise herausgegeben: „*Wer krank ist, bleibt zu Hause, wer gesund ist, geht in den Kindergarten, in die Schule, geht arbeiten.*“ Mittlerweile ist es auf dem Sektor Kindergarten und Schule deutlich ruhiger geworden.

Im November konnte ein hoher Anstieg an Neuinfektionen (bis zu 200 – 250 Neufälle pro Tag) verzeichnet werden. Das war kein Kölner Ereignis, sondern ein weltweites. Mittlerweile gehen die Zahlen deutlich zurück. Frühere Pandemien haben gezeigt, dass mehrere Wellen auftreten und das ist auch für diese Influenza durchaus möglich.

Zur Bekämpfung und Vorbeugung wird die Impfung mit Pandemrix angeboten. Die Impfung läuft seit Ende Oktober/Anfang November. Zuerst - nach den Vorgaben des Landesgesundheitsministeriums - im Bereich des Personals im Gesundheitswesen und der Pflegeberufe, dann für die chronisch Kranken (wurde in Köln über die niedergelassenen Ärzte geregelt). Diese Regelung wurde u.a. vereinbart, da dieser Personenkreis einen kürzeren Weg zur Impfstelle haben sollte. Das ist gegeben, wenn man in seinem Stadtteil die Impfmöglichkeit hat. Aus Sicht des Gesundheitsamtes ist diese Vorgehensweise gut gelaufen. Am Anfang gab es eine sehr große Nachfrage, so dass der Impfstoff nicht in den Mengen nach Köln und an die anderen Städte und Kreise gelangte, wie er benötigt wurde. Zum Teil konnte nur 1/3 der jeweiligen Wochenbestellungen bedient werden.

Jetzt läuft die nächste Phase an. Das Land hat den Impfstoff für die gesamte Bevölkerung freigegeben. Dies hat das Gesundheitsamt zum Anlass genommen, selbst eine Impfstelle zu eröffnen. Am 11.12., am 17.12., 18.12. und 19.12.2009 kann die Bevölkerung sich im Gesundheitsamt mit dem Impfstoff Pandemrix impfen lassen. Dieser Impfstoff enthält Zusätze, die die Impfwirkung verstärken. Nebenwirkungen in einem nicht zu erwartenden Ausmaß sind bisher nicht aufgetreten. Hinweise über mögliche Nebenwirkungen können in einer Online-Datenbank des Paul-Ehrlich-Institutes nachgelesen werden.

In Köln wird nächste Woche die 120.000. Dosis Impfstoff ausgegeben. Es sind wahrscheinlich nicht alle Dosen, die herausgegangen sind, verimpft worden.

Das Gesundheitsamt geht davon aus, dass mittlerweile 10 % der Bevölkerung geimpft ist. Das ist für eine Durchimpfung deutlich zu wenig. Deshalb das Angebot des Gesundheitsamtes parallel zum Angebot der niedergelassenen Ärzte, die auch weiterhin impfen können.

Das Land hat angekündigt, dass es für Schwangere einen anderen Impfstoff geben wird. Dieser Impfstoff ist zwar auch auf Hühnereiweiß-Basis produziert, also für einige wenige Allergikerinnen möglicherweise nicht geeignet, enthält aber keine Zusätze. Jede Dosis ist in einer Ampulle abgefüllt. Dieser Impfstoff soll ausschließlich über die Gesundheitsämter oder über Frauenärztinnen oder Frauenärzte ausgegeben werden. Die niedergelassenen Frauenarztpraxen wurden bereits vom Gesundheitsamt informiert und ein Teil hat bereits eine positive Rückmeldung gegeben. Wann der Impfstoff ausgeliefert werden kann, steht noch nicht fest. Wenn er da ist, wird das Gesundheitsamt dafür sorgen, dass er schnell an die Praxen ausgegeben werden kann.

RM Frau Schmerbach möchte von der Verwaltung Angaben zur Altersstruktur der Erkrankten erhalten.

Herr Dr. Schoenemann erläutert, der jüngste Patient sei einige Woche alt und die ältesten Patienten in den 80iger Jahren gewesen. Der Durchschnittswert liegt statistisch bei 22 – 24 Jahren.

RM Dr. Strahl weist darauf hin, dass die Verwaltung von etwa 4.000 Infektionsfällen ausgehe, das ist auf Köln runtergerechnet, ein Infektionsrisiko von 0,4 %. Des Weiteren ist ihm bekannt geworden, dass keine Meldungen mehr gemacht werden müssen. Er möchte von der Verwaltung folgendes wissen:

1. Wo nimmt die Verwaltung dann die Zahlen her?
2. Gibt es bereits Erkenntnisse darüber, wie weit die Durchseuchung der Bevölkerung fortgeschritten ist?

Herr Dr. Schoenemann erläutert, die Meldepflicht sei aktuell auf Todesfälle eingeschränkt worden. Gemeldet werden muss jeder positive Labornachweis, und das war seit dem ersten Fall auch die Rechenbasis für das Gesundheitsamt.

SE Frau Stiller fragt nach, wie man mit Marcumar-Patienten und Patienten mit einer Hühnereiweißallergie umgehe.

Herr Dr. Schoenemann erwidert, wer dramatische Reaktionen aufgrund einer Hühnereiweißallergie hatte, sollte nicht geimpft werden.

Bei Personen, die Marcumar oder andere blutverdünnende Arzneimittel einnehmen, sollte man nicht intramuskulär injizieren, sondern entweder subkutan impfen oder auf eine Impfung verzichten.

SE Dr. Zastrow erklärt, dass seine Umfrage in unterschiedlichen Gremien, ob die Ärzte sich, ihre Familie oder das Praxisteam impfen, ein konsequentes „nein“ ergab. Anders sähe es bei den Ärzten der Stadt Köln aus, die einen Chefarztanstellungsvertrag haben.

Er hält diese Grippe für die harmloseste Grippe in der Auswirkung, nicht in der Infektiosität, die es bisher gegeben hatte. Es wäre noch mal hilfreich darauf hinzuweisen, wie viele Grippetote in Deutschland eine ganz normale Influenza jedes Jahr hatten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold weist darauf hin, dass die Stadt Köln mit ihrem Gesundheitsamt umsetzt, was die Ständige Impfkommission empfohlen hat.

SE Frau Röhrig möchte wissen, ob die Verwaltung am Ende des Jahres eine Statistik, wie viele an der saisonalen Grippe und wie viele an der neuen Influenza verstarben, erstellen werde.

Frau Beigeordnete Bredehorst weist generell darauf hin, die Diskussion, ob impfen oder nicht, sollte nicht hier im Gesundheitsausschuss geführt werden. Man befinde sich derzeit in der ersten Welle der Pandemie. Für den Fall einer wesentlich stärkeren zweiten Welle werden die Impfungen vorsorglich angeboten. Herr Dr. Schoenemann habe den Stand der derzeitigen Todesfälle bereits erwähnt.

Das Gesundheitsamt macht eine sehr offensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und arbeitet eng mit den Medien zusammen. Es wird weiterhin so verfahren, unabhängig von den Diskussionen, die geführt werden.

SB Frau Houben bemerkt, einer ihrer Hauptgründe sich impfen zu lassen, sei der umfangreiche Kontakt zu ihren Patientinnen und Patienten gewesen. Die Diskussion um die neue Grippe solle man nutzen, um auch auf die Bedeutung der saisonalen Gripeschutzimpfung hinzuweisen.

Sie regt darüber hinaus an, auf den Toiletten der Gastronomiebetrieben sowie auf den öffentlichen Toiletten Aushänge zu den Regeln der allgemeinen Hygiene anbringen zu lassen.

Abschließend teilt SE Frau Stiller mit, dass die Krankenhäuser vom Gesundheitsamt allumfassend und rechtzeitig über die jeweiligen Schritte vor und während der Bereitstellung des Impfstoffes informiert wurden.

#### **6.4 Preisverleihung im Rahmen des Schweizerisch-Österreichisch-Deutschen AIDS-Kongresses 4987/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben gratuliert der Preisträgerin Frau Nitschke recht herzlich zu der Auszeichnung. Die Ausschussmitglieder begleiten die Würdigung mit Beifall.

#### **6.5 Neuer Beratungsbus für die B.O.J.E. - eine Einrichtung für Jugendliche und junge Erwachsene am Bahnhof 5040/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **6.6 Zwischenbilanz der Arbeit der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes 4940/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil würde es begrüßen, wenn bei einem späteren Bericht bei einer dann umfangreicheren Datengrundlage genauer auf die qualitativen Aspekte, insbesondere was die Schnittstelle zwischen Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe angehe, eingegangen wird.



**6.7 Per- und Polyfluorierte Chemikalien (PFC) im Kölner Trink- und Grundwasser  
5085/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.8 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung"  
5015/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Paetzold lobt dieses Projekt, da es ein wichtiger Baustein im Beratungs- und Hilfeangebot ist.

**6.9 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II  
5107/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.10 Ergebnisse der 19. Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz  
Köln  
5046/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold begrüßt die Absicht der Verwaltung, zukünftig derartige Berichte dem Ausschuss vorzulegen.

**6.11 Gesundheitsregion KölnBonn / HealthRegion CologneBonn e.V.  
Publikationen zur MEDICA 2009  
4931/2009**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7 Mündliche Anfragen**

Keine